

Halle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erste Ausgabe am Samstag, am Sonntag als Beilage. Die Bezugs-Gebühr beträgt in Stadt und Land sowie durch die Post bei jeder Zahlung monatlich M. 25.00, in den Hauptorten abgesehen M. 24.00 monatlich. Die abgelaufene Bezugs-Gebühr-Zelle führt im Entwerfer M. 2.50, im anmerktigen Verfall M. 3.00. Refusieren die Abgelaufenen-Zelle M. 5.00 im Entwerfer und M. 10.00 im anmerktigen Verfall. Bezugs-Erhalt: Jeht ihr vorzuziehen.
 Bezugs-Gebühr: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brunnstraße 17. Fernsprecher-Gesamtzentrale: Cannelmann 1140 und 1142. Druck-Veranstaltung: Markt 24. Druck-Veranstaltung: „Zeitungsverlag Halle a. S.“. Druck-Veranstaltung: Postfach 9215. Verlagsort und Verlagsfirma: Halle a. S., Postfach 9215. Die Bezugs-Gebühr-Zelle führt im Entwerfer M. 2.50, im anmerktigen Verfall M. 3.00. Refusieren die Abgelaufenen-Zelle M. 5.00 im Entwerfer und M. 10.00 im anmerktigen Verfall. Bezugs-Erhalt: Jeht ihr vorzuziehen.

Eingriffe in Deutschlands Hoheitsrechte.

Entwürdigende Bedingungen für Zahlungsstandung / Das Ende der Haager Konferenz Zusammenbruch der verfassungstreuen Mitte / Düringers Abkehr von den Deutschnationalen

Unter täglicher Kontrolle.

Abreise des Garantiefomitees.

Paris, 20. Juli. Das Garantiefomitee ist gestern nach Paris zurückgekehrt. Ein Mitarbeiter des Präsidenten Mancker versicherte einem Vertreter des „Gesellsch.“, die Abreise habe sich deshalb verzögert, weil Dr. Wittich eine längere Besprechung mit den Führern des Garantiefomitees hatte. Doch sei ein eingehender Bericht über die Beobachtungen und die Befehle des Garantiefomitees bereits vorher in Paris angelangt. Die Reparationskommission sei daher bereits über die Arbeiten, die das Garantiefomitee vorbereitet habe, unterrichtet. Es wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Das Reichsbudget muß vollständig der Kontrolle des Komitees unterworfen werden. Ausgaben und Einnahmen des Reiches müssen täglich beim Komitee beglaubigt werden. Ausgabenprojekte müßten, ehe sie dem Reichstage vorgelegt werden, dem Komitee zur Kontrolle unterbreitet werden. 2. Aus- und Einfuhr des Reiches werden gleichfalls einer aufmerksamen Kontrolle unterzogen. 3. Die Kapitalflucht wird streng überwacht werden. Sämtliche finanzielle, wirtschaftliche und industrielle Statistiken werden vom Komitee künftig aufmerksam geprüft werden.

Paris, 20. Juli. Die „Chicago Tribune“ glaubt zu wissen, daß die Reparationskommission gestern beschlossen hat, Deutschland ein Moratorium von 3 bis 6 Monaten für die Reparationszahlungen zu gewähren. Eine Einigung über die genaue Dauer des Moratoriums ist noch nicht erzielt worden.

Die Verhandlungen mit dem Garantiefomitee.

Besprechung im Reichstagsauschuß.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat am Mittwoch vormittag zu einer Sitzung zusammen, um sich mit den Verhandlungen mit der Reichsregierung mit dem Garantiefomitee zu beschäftigen. Fast alle Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses waren erschienen. Auch der Reichstagspräsident Lohde, der nicht zu den Auswärtigen Ausschüssen gehört, wohnte der Sitzung bei. Den Vorsitz führte Abg. Dr. Stresemann. Vom Reichsbüro waren neben dem Reichskanzler Wittich, Vizeminister Bauer, Reichswirtschaftsminister Schmidt und Finanzminister Hermes, ferner vom Auswärtigen Amt Staatssekretär Dr. Hanke anwesend. Auch eine große Zahl von Vertretern der einzelnen Länder, die dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages angehören, nahm an den Beratungen teil. Besonders bemerkt wurde die Anwesenheit des deutschen Vorkämpfers in Paris, Dr. Mayer. Der Ausschuss nahm zunächst den Bericht des Reichsfinanzministers über die Verhandlungen mit dem Garantiefomitee entgegen, vertagte dann aber die Aussprache darüber bis zur nächsten Sitzung um Freitag, um den gedruckten Bericht über diese Verhandlungen in Händen zu haben.

Die Beratung drehte sich zunächst um die Verhandlungen, die die Reichsregierung mit dem Garantiefomitee geführt hat. Sie waren vertraulicher Natur; jedoch ist klar, daß die Mitteilung, wonach das Garantiefomitee zur Sicherstellung der Entschuldigungsansprüche eine Verpfändung des deutschen Aktienbesitzes verlangt, nicht den Tatsachen entspricht. Derartige Forderungen sind nicht gestellt worden. Dagegen hat das Garantiefomitee an den Reichskanzler ein Schreiben geschickt, das sich mit der Durchführung der im Verlaufe der Verhandlungen mit dem Komitee vereinbarten gesetzlichen Maßnahmen beschäftigt und Vorschläge unterbreitet, deren Veröffentlichung jedoch erst erfolgen kann, wenn das Komitee in Paris Bericht erstattet hat. Das Streben des Garantiefomitees ist auf Einleitung einer außerordentlichen neu eingehenden Finanzkontrolle gerichtet, der sich die deutsche Regierung unterwerfen soll.

Holzlieferungen an Frankreich.

Berlin, 20. Juli. In Paris beginnen in diesen Tagen, wie wir von unterrichteter Seite hören, Verhandlungen über die im Jahre 1922 an Grund des Wiesbadener Abkommens von Deutschland an die Entente auszuführenden Holzlieferungen. Es handelt sich in erster Linie um die Lieferung von Eisenbahnschwellen. Neben Frankreich wollen auch Italien und Belgien benutzogen werden. Als Vertreter der deutschen Regierung ist der preussische Landesforstmeister Gernlein ernannt.

Ein Pariser Gelehrter gegen Poincare.

„Gefährlich für Europa und Frankreich.“

Paris, 19. Juli. Professor Viktor Bosh von der Sorbonne schreibt heute in der „Revue Nouvelle“, er gehöre nicht zu denen, die da schreiben: Poincare la guerre, und fährt fort: Ich verurteile, in diesem Blatte zu beweisen, daß der ehemalige Präsident der Republik im Jahre 1914 den Krieg

nicht wollte, und bleibe auch davon überzeugt, daß er heute ihn nicht mehr will, als er ihn damals wollte, aber ich bin auch davon überzeugt, daß die Politik, die er heute verfolgt, für Europa und Frankreich gefährlich ist. Er will nicht leben, daß es zwei Deutschland gibt und will das demokratische, arbeitssame und positive Deutschland verlieren. Dadurch führt er das Weltvertrauen und erweckt den Imperialismus von neuem. Es ist ihm nicht möglich, die Feder über das Wort zu ergreifen, ohne Worte des Hasses niederzuschreiben oder auszupredigen, und unaufhörlich wühlt er die alten Wunden auf. Er richtet sich gegenüber den Feinden von gestern wie vor dem Feinde von heute auf. Aber nicht durch diese Methode kann man das bis in seinen Grundseifen erschütterte Europa wieder aufbauen, kann das zerstückte Frankreich wieder wirtschaftlich leben gewinnen, kann Deutschland friedfertig und demokratisch werden. Männer, die die schwere Aufgabe haben, die Welt von morgen aufzurichten, müssen sich zu jener Möglichkeit emporkleben, die ohne zu vergessen auch zu vergeßen verleiht. Sie müssen den bartheleymischen Stimmen der Zukunft zugänglich sein als dem Groll der Vergangenheit.

Heute Schluß in Haag.

Haag, 19. Juli. Heute vormittag fand eine Plenarsitzung der niederländischen Kommission ohne die russische Abordnung statt. Sogleich nach Eröffnung der Sitzung beantragte Avezon mit Rücksicht auf die heute morgen von Litwinow abgegebene Erklärung im Namen aller Abordnungen die nachstehende Entschließung:

Die niederländische Kommission hat, ihre Tätigkeit beendend, im Laufe des Gebantenustausches mit der russischen Abordnung das Erwünschte erreicht und nimmt mit Genehmigung der Regierung, die heute durch Litwinow vorgelegte Erklärung, zu unterbreiten. Die niederländische Kommission findet in der Bedingungen dieser Erklärungen selbst keine Grundlage für eine Vereinbarung. Sie stellt aber fest, daß die in dieser Erklärung erwähnte Rücksicht, wenn sie durch die russische Regierung angenommen und durchaus ausgeführt wird, zu der Wiederherstellung des für eine gemeinschaftliche Arbeit Europas im Interesse des Wiederaufbaues Rußlands notwendigen Vertrauens beitragen kann. Die niederländische Kommission stellt weiter fest, daß diese Erklärung eine günstige Atmosphäre schaffen kann für weitere Unterhandlungen, die die verschiedenen Regierungen für wünschenswert halten müssen. Lloyd Greame legte darauf, daß die Entschließung vollkommen im Einklang sei mit der Auffassung der britischen Abordnung. Die Entschließung wurde darauf mit allen Stimmen angenommen. Die Schließung der Haager Konferenz wird morgen nachmittag stattfinden.

Helfershelfer der Rathenau-Mörder?

Ein verdächtiges Auto.

Kaunburg, 19. Juli. Gestern abend verbrachte auf offener Straße zwischen Göttha und Eichenau ein Personenauto. Die beiden Insassen haben nach Entfernung der Kennzeichen das Kraftwagens diesen liegen lassen und sind mit der Eisenbahn nach Erfurt gefahren. Die Gendarmerie vermutet, daß es sich um Helfershelfer der Rathenau-Mörder handelt, die nun nach dem Selbstmord den Verzeihungsmaß aufgeben mußten, aber gleichzeitig alle Spuren verwischen.

Die amerikanischen Eisensteins

haben den Präsidenten Harding zu weiteren energischen Schritten veranlaßt, zu denen auch eine „Einladung“ an die Eisenbahnen gehört, die Bergwerke wieder in Betrieb zu nehmen. Das bedeutet, daß bei einer Nichtbefolgung der Einladung die Gruben unter Regierungskontrolle gestellt werden würden. Im Gegensatz dazu richtete der Arbeiterführer Debs, der auch für die Präsidentenschaft kandidiert hatte, an die Arbeitererschaft eine Aufforderung zur Unterließung der freitrenden Bergleute durch einen Generalstreik. Eine solche Aufforderung läßt immer vermuten, daß die Kräfte der Ausländischen zur Reize geben.

Der Wölferbund

bestätigte die Kolonialmandate und zwar für Großbritannien, Frankreich und Belgien. Dieser Befehl bedeutet, daß die Deutschland geraubten Kolonien von „rechtswegen“ unter die „Sieger“ verteilt werden sind. Von „rechtswegen“ ist in diesem Falle nicht gleichbedeutend mit „berücksichtigt“ entsprechend.

Heutiger Stand des Dollars 511!

Deutschlands „verschuldetes Verlagen.“

Berlin, 19. Juli.

Volle vier Wochen hat das Garantiefomitee in Berlin geflehen, um Deutschlands wirtschaftliche und finanzielle Verhältnisse zu prüfen. In diesen vier Wochen hat die Reichsregierung, die mit innerpolitischen Sorgen über alle Maßen beunruhigt war, zahllose Besprechungen und Verhandlungen mit diesem Komitee abgehalten, und vor allem Reichsfinanzminister Dr. Hermes hat ihm auf alle seine zahllosen Fragen Nach und Antwort gestanden. Nun ist das Garantiefomitee nach Paris zurückgekehrt, um dem Reparationsauschuß über seine Verhandlungen mit der deutschen Regierung Bericht zu erstatten. Von diesem Berichte wird für die nächste Zukunft Deutschlands unendlich viel, wenn nicht alles, abhängen. In der französischen Presse, die bekanntlich das Glas wachsen hört, war in den letzten Tagen mehrfach zu lesen, daß das Garantiefomitee ein „verschuldetes Verlagen“ Deutschlands feststellen werde. Hier ist wieder einmal der Wunsch der Vater des Gedankens. Auch in Frankreich hat man einsehen gelernt, daß die Dinge nicht so weiter gehen können, wie bisher. Diese Einsicht war bis vor acht Tagen sogar so weit gestiegen, daß selbst die dawimantische Presse sich des Ernstes der Lage bewußt geordnet war und es offen aussprach, daß Deutschlands Ruin auch den finanziellen Ruin Frankreichs notwendig nach sich ziehen würde. Selbst der „Temps“ hatte aus seinem Herzen seine Wüdegrube mehr gemacht und war offen für einen Zahlungsausschub und die große internationale Anleihe eingetreten. Nun aber hat sich offenbar auf einen Wink Poincares das Glas wieder gewendet. Es ist das alte taffige Spiel, das er jedesmal vor neuem herbeiholt, wenn der Schatz der Beilegung der weltwirtschaftlichen Kiste so hart wird, daß ihm Erfüllung winkt. Dann sieht jedesmal Herr Poincare seine machtpolitischen Sonderpläne gefährdet und verliert es meisterhaft, gegen die bessere Einsicht der übrigen Ententeeregierungen und wohl auch gegen seine eigene bessere Ueberzeugung die Stimmung zu trüben und jede Bereitwilligkeit zum Entgegenkommen zu unterwühlen.

Diese gefährliche Taktik Poincares hat diesmal noch keine besonderen Ursachen. Nach langem Hin und Her hat er sich bekanntlich jetzt zu einem Besuche bei Lloyd George bereithalten lassen. Da er weiß, daß Lloyd Georges Ansicht über die Fragen des Moratoriums und der Anleihe der seitigen so ziemlich entgegengesetzt ist, so macht er erst seine Presse mobil, sucht die Situation zu trüben, um sich für die seiner hartnäckigen Verhandlungen in England eine feste Plattform zu schaffen und läßt seine Presseabanten mit Bedingungen jonglieren, die er angeblich stellen will. Er hat sich sogar nicht scheut, die Entschädigung der Reparationskommission insoweit zu präkapitulieren, als er eine Denkschrift ausarbeiten ließ, die Deutschlands betrügerischen Vantecort beweisen soll. An der Hand dieser Denkschrift soll die Reparationskommission das „verschuldete Verlagen“ Deutschlands feststellen und damit zu einem Votum gegen das Moratorium gelangen. In dieser Denkschrift wird als Beweis für die angebliche Schuld der deutschen Regierung angeführt, daß in Deutschland seit dem 1. Januar d. J. monatlich etwa 10 bis 12 Milliarden Papiermark neu ausgegeben seien. Das mag richtig sein, aber außerhalb Frankreichs, ja sogar vielleicht außerhalb der Poincareschen Kreise wird es kaum von geben, der diese umfangreiche Neuemission von Banknoten Deutschlands als solches williges Verschulden anrechnen wird. Alle Welt weiß, daß die Entwertung der deutschen Mark die Preise in Deutschland unaufhörlich weiter in die Höhe treibt, und daß die rapide Teuerung die öffentlichen Ausgaben rapid steigert. Es ist sogar zu befürchten, daß Kapitalmangel und Kreditnot, die sich in der deutschen Privatwirtschaft mehr und mehr fühlbar machen, in nächster Zeit noch zu einer weiteren Steigerung des Notenumlaufs führen werden. Wenn wohlbelannt ist die Passivität der deutschen Zahlungsbilanz. Will das alles aber etwa unsere Schuld? Will die französische Regierung die ganze Inflation, die letzten Endes doch aus unseren Zahlungsvpflichtungen an die Entente herabfällt, uns zur Last legen und daraus ein böswilliges Verschulden Deutschlands konstruieren? Für diese Ansicht und Ansicht dürfte sie wenig Gläubige und Anhänger finden. Vor allem nicht in England, wo der Wind ganz anders weht und man den fatalistischen Gehirne der Regierung vollkomn würdigt. Italien steht durchaus auf Englands Seite, und auch von Belgien ist es fraglich, ob sein Vertreter in der Reparationskommission diesmal Frankreich Sekundantenleiste leisten wird. So können wir in dem Bewußtsein, mit allen Kräften alles zur Erfüllung Mögliche getan zu haben, der Entscheidung der Reparationskommission wohl mit Ruhe entgegenzusehen und brauchen wohl kaum zu fürchten, daß die französische Politik, die sich unter allen Umständen den Weg zu Sanktionen oder sonstigen Strafmaßnahmen offen halten will, den Sieg davontragen wird.

Auf einem anderen Blatte freilich steht es, welche Bedingungen uns gestellt werden, falls ein Moratorium bewilligt wird. Bezeichnend in dieser Hinsicht ist es, daß das Garantiefomitee vor seiner Abreise ein Schreiben an den Reichskanzler gerichtet hat, in dem es als Ergebnis der Beratungen eine Reihe Forderungen aufstellt. Das Gerücht, daß sich unter diesen Forderungen die pfandweise Uebertragung von Aktien deutscher Industrieunternehmungen befindet, ist inzwischen zwar demontiert. Nicht demontiert aber ist eine andere Bedingung, der zufolge das Garantiefomitee fordert, daß Vorlagen auf

